

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1928

70 (22.3.1928)

Geschichtl. täglich
mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch Briefträger und unsere Auswärtigen frei ins Haus monatlich Goldmark 1.20
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/2 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 468
Postisches Konto
Karlstraße Nr. 69/83

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldm. p. M.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldm. p. M.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher abgegeben werden.

Bank-Konto:
Verbindungs-Konto
e. G. m. b. H.

Nr. 70.

Donnerstag, den 22. März 1928.

89. Jahrgang

Haushalts- und Finanzlage des Reichs.

Köhler verteidigt seine Finanzpolitik.

Berlin, 21. März. (Zuspruch.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab heute Reichsfinanzminister Dr. Köhler einen Gesamtüberblick über den Etat und die Finanzlage des Reichs. In den abgelaufenen elf Monaten des Rechnungsjahres 1927 sind an Besitz- und Verkehrssteuern rund 5 260 000 000, an Zöllen u. Reichsabgaben 2 697 000 000, zusammen also 7 957 000 000 aufkommen. In den Nachtragsetat für 1927 sind insgesamt 8 452 000 000 M. eingestellt, so daß rund 500 Millionen zur Errechnung des Etatsolls fehlen, die im März noch einkommen würden. Die Ueberweisungen an die Länder haben in den abgelaufenen elf Monaten 2 570 Millionen, also bereits fast die ganze den Ländern garantierte Mindestsumme, erreicht. Der Minister stellt fest, daß er vom 1. März ab die gesamten Ausgaben des Extraordinariums vorläufig gesperrt habe. Das bedeute natürlich nicht, daß die außerordentlichen Ausgaben, für deren Leistung bereits eine rechtliche Verpflichtung vorliegt, nun nicht geleistet werden. Er habe aber geglaubt, alles unternehmen zu müssen, um eine Senkung des Anleihebedarfs herbeizuführen. Die Durchführung der Landespositionen werde sogleich zu Abfertigungen führen. Wollte man zu gesunden Finanzgrundlagen kommen, dann müßten die großen Nachtragsetat endgültig der Geschichte angehören. Der Minister verwies dann auf das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft, auf die Förderung des Exports und auf die Maßnahmen, die mit der Aufnahme von Auslandsanleihen zusammenhängen. Er behalte sich vor, im Plenum des Reichstages ausführlich darauf einzugehen. Er sehe sich weiter mit den Angriffen auseinander, die in den letzten Tagen gegen die Finanzpolitik der Regierung gerichtet worden sind. Der Nachtragsetat für 1927 bringe zum größten Teil Ausgaben, die Folgen bestehender Gesetze oder Reichstagsbeschlüsse sind. Wer jenen zugestimmt habe, könne heute nicht sagen, der Nachtragsetat gebe Anlaß zu Beforgnissen. Niemand wolle noch behaupten, daß die Notlage der Landwirtschaft nur eine vorgetäuschte sei. Man solle doch in aller Deutlichkeit sagen, ob man das Notprogramm etwa nicht haben wolle. Für die Kleinrentner seien 25 Millionen vorgesehen, nach dem Wunsch der Demokraten müßten es 125 sein. Er wisse nicht, ob dann die Finanzpolitik von ihrem demagogischen Charakter verloren hätte. Er müsse sich auch

im Namen der Reichsregierung dagegen wehren, daß man die Finanzpolitik im Ganzen kritisiere, die Vorwürfe aber nicht substantiiere, sobald man auf Einzelheiten kommt. Die Zollsenkungaktion sei nicht durch die Einstellung einer Reserve in den Etat, sondern dadurch erledigt worden, daß sich der Reichstag in den letzten Monaten nicht mehr mit ihr beschäftigte. Der Minister betonte, daß die Hälfte des Notprogramms aus einmaligen Ausgaben bestehe und daß daher die Hälfte der zur Deckung verwendeten Mittel später frei werde. Die Finanzpolitik könne sich nicht lediglich in Abkürzen und Subtrahieren erschöpfen, sie müsse auch die lebendigen Dinge in Rechnung stellen. Der Minister erinnerte zum Schluß daran, daß die Kriegslasten 1928 4,2 Milliarden Mark ausmachten. Diese Zahlen müßten unter Volk kennen, um sich darüber klar zu werden, woher die ungeheuren Belastungen kommen. Dazu komme der abholnotwendige Ausbau im Innern. Am Ende des Jahres 1928 werde man sehen, wie sich die Finanzpolitik der Regierung auswirke.

Berlin, 21. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Ergänzungsetats für das Jahr 1929 beim Notprogramm fort. Dieses Programm fordert 75 Millionen für die Invalidenrente, 25 Millionen für die Kleinrentner und 3 Millionen für Werkpenszionäre. Zur Frage der Werkpenszionen wurde von der Regierung erklärt, daß die Beschränkung der Mittel eine Aufwertung der Werkpenszionen verbiete. Die Reichsbeihilfe habe in der Hauptsache den Zweck, die Selbsthilfe anzuregen und zu fördern. Sie werde im allgemeinen zur Vorauszahlung haben, daß auch die Werke und die beteiligten Betriebsräte entsprechend dazu beitragen. Die Anträge des Sozialprogramms wurden vom Ausschuss angenommen. — Bei der Kleinrentnerfürsorge wurde von der Regierung angefragt, entsprechend dem Vorschlag des Sozialausschusses, 25 Millionen Mark als einmalige Zahlung den Kleinrentnern zuzuführen. Der Ausschuss wandte sich sodann dem Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung zu. Der Bericht-erfasser, Abg. Reil (Soz.), errechnete, daß man 1929 für etwa 770 Millionen Reichsmark werde Deckung suchen müssen.

Die Kritik an den russischen Vorschlägen.

Genf, 22. März. In der gestrigen Vormittagsitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission, gaben die Delegierten der Vereinigten Staaten, Polens und Schwedens Erklärungen ab, in denen sie nachdrücklich die sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge als völlig ungeeignet und unter den gegenwärtigen Umständen und Bedingungen als undurchführbar ablehnten. Den gleichen Standpunkt hatte vorher auch der holländische Delegierte eingenommen. Der amerikanische Delegierte Gibson kennzeichnete in einer kürzeren Erklärung den Standpunkt der amerikanischen Regierung, die größten Wert dem Gedanken eines allgemeinen Paktes beilege, der den Krieg als ein Instrument der nationalen Politik verwerfe. Die amerikanische Regierung habe volles Vertrauen zu dem Gedanken eines allgemeinen Nichtangriffspaktes und Mißtrauen gegenüber den anderen Vorschlägen. Die sowjetrussischen Vorschläge seien auf den Hauptargumenten aufgebaut, daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt sofortige radikale Maßnahmen zur Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung forderte. Es genüge jetzt, festzustellen, daß die russischen Vorschläge nicht mit dem von der Kommission bisher erörterten Vorentwurf übereinstimmen und die russische Delegation verlange eine völlige Vernichtung der bisherigen Arbeiten der Kommission, die das Ergebnis jahrelanger mühseliger Verhandlungen darstellten. Sollten aber einige Punkte der sowjetrussischen Vorschläge sich praktisch als durchführbar erweisen, so stünde es den Mitgliedern jeder Delegation frei, während der zweiten Sitzung Zusatzanträge einzubringen. Die amerikanische Delegation halte es aber für unnötig, jetzt unnütze Zeit durch eine eingehende Prüfung der russischen Vorschläge zu verschwenden. Dann nahm der schwedische Delegierte das Wort. Er führte u. a. aus: Der russische Konventionentwurf sei auf dem Gedanken aufgebaut, daß die Beseitigung der militärischen Streitkräfte auch die Ursache der Kriege beseitigen würde. Dies entspreche in keiner Weise der Wahrheit. Durch völlige Abrüstung allein könnten niemals die tiefstliegenden Ursachen der Konflikte beseitigt werden. Es frage sich, ob die Menschheit jetzt schon einen derartigen Grad von Entwicklung erreicht habe, daß die Regelung aller Konflikte auf den guten Willen der Regierungen aufgebaut werden könnte, wie dies die sowjetrussischen Vorschläge vorsehen.

Kriegerische Begleitmusik.

Ein Torpedoboot manövriert im Genfer Hafen.

Genf, 21. März. Im friedlichen Genfer Hafen sind Versuche mit einem neuen Kriegsschiff gemacht worden. Natürlich handelt es sich nicht um einen 30 000 Tonnen-Kreuzer, sondern um ein kleines Motorortopedoboot, das auf der Werft von Amphio an der japanischen Rüste des Genfer Sees unweit von der Schweizer Grenze erbaut worden ist. Aber es ist ein richtig für die französische Kriegsmarine bestimmtes Torpedoboot, das bei seinen Versuchen im Genfer Hafen selbstverständlich keine Torpedos an Bord führte. Das Torpedoboot hat einen Lorraine-Motor v. 500 PS an Bord, der ihm eine Geschwindigkeit von 70 Kilometern in der

Stunde verleiht. Die Genfer Versuche sollen angeblich sehr zufriedenstellend ausgefallen sein, weil sich gezeigt hat, daß das neue Torpedoboot nach der Lancierung seiner Torpedos ungeheuer schnell zu entleeren imstande ist. Wenn es auch die Versuche auf dem hohen Meer besteht, die nächsten vorgenommen werden sollen, so wird das französische Marineministerium, wie es heißt, eine große Anzahl dieser neuartigen Kleinkriegsschiffe bestellen. Daß die Werft von Amphio sich gerade die Genfer Gewässer für ihre Versuche ausgewählt hat, wo der Genfer See doch groß genug ist, um Versuchsfahrten in französischen Gewässern zu ermöglichen, entbehrt nicht einer gewissen Ironie, die umso stärker hervortritt, als gerade gegenüber dem Völkerbundshaus zur Zeit über Abrüstung beraten wird.

Das deutsch-französische Student Komitee

Paris, 21. März. (Zuspruch.) Das deutsch-französische Studentenkomitee teilt mit:

Der tragische Tod des luxemburgischen Großindustriellen Emil Mayrisch hat insbesondere auch das deutsch-französische Studentenkomitee getroffen, dessen Gründer und erster Präsident er war. Durchdrungen von der Notwendigkeit, das vor zwei Jahren begonnene Werk unverändert fortzuführen, hat das Komitee beschlossen, den Vorsitzenden seiner deutschen und den Vorsitzenden seiner französischen Gruppe mit der gemeinsamen Leitung dieser Aufgabe zu betrauen, wobei die beiden Präsidenten, Staatsminister von Rostiz-Wallwitz und Vorkämpfer Charles Laurent, sich hinsichtlich der laufenden Geschäfte von einer Plenarsitzung des Komitees zur andern abwechseln werden. Die nächste beratende Tagung findet Anfang Juli in Deutschland statt.

Einem Ende vorigen Jahres gefaßten Beschluß entsprechend, ist das Studentenkomitee im Begriff, die Zahl der Mitglieder jeder der beiden Komiteegruppen auf 30 zu erhöhen. Im Zusammenhang damit hat es dem gemeinsamen Beschluß letzter Tage folgende Persönlichkeiten neu hinzugefügt:

Deutscherseits: Die Herren Arnold Bergsträßer, Privatdozent für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg; Diehm, Generaldirektor des deutschen Kalkindustriats, Berlin; Fromm, 2. Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin; Dellbach, Professor der Philosophie an der Universität Heidelberg; Duden, Professor der Geschichte an der Universität Berlin.

Französischerseits: Die Herren Henry Robert, früherer Präsident der Anwaltskammer Paris, Mitglied der Academie Francaise; Ernest Mercier, Industrieller, Paris; Graf Nicolai, Vizepräsident der Societe des agriculteurs des Francais, Paris; Julien Romier, Publizist, Paris, und Andre Siegfried, Professor an der Ecole des Sciences politiques, Paris. — Für die beiderseits noch fehlenden drei Sitze haben die Verhandlungen vor dem Abschluß.

Die Zwischenfälle auf der „Royal Oak“

London, 22. März. Als Nachfolger für den wegen der Vorfälle an Bord „Royal Oak“ suspendierten Befehlshabers des Schlachtkreuzergeschwaders der Mittelmeerflotte, Vize-

admiral Collier, wurde Vizeadmiral Kerr ernannt. Vizeadmiral Collier, der sich auf dem Wege nach England befindet, wird angewiesen werden, sich nach Gibraltar zu begeben, wo bekanntlich am 29. März sich ein Kriegsgericht mit den Vorfällen an Bord „Royal Oak“ beschäftigen wird. Die Verhandlungen gegen Daniel und Kapitän Dewar werden getrennt stattfinden.

Weitere Untersuchungsergebnisse zum Untergang von „S 4“

New York, 22. März. Marinechef Sir Wilbur erklärte gestern, nach einer Besichtigung von „S 4“, daß das Marineamt die Einführung von in die Torpedoröhre passenden Hohlzylindern plane, durch die die Verunglückten einer nach dem anderen aus dem Boot herausbefördert werden könnten.

In der Tasche eines Mannes der Besatzung von „S 4“ wurde ein Abschiedsbrief gefunden. Auch der Umstand, daß Speisefeste und leere Konservendbüchsen um vorgefunden wurden, ist ein erneuter Beweis dafür, daß die Besatzung noch längere Zeit gelebt hat.

Wie verlautet, wurden bei Leutnant Ritch drei dienstliche Meldungen gefunden, die chiffriert nach Washington weitergegeben wurden und deren Inhalt geheim gehalten wird.

Die Verhaftungen im Donezgebiet.

Die Stellungnahme der Regierung vom Auswärtigen Ausschuss gebilligt.

Berlin, 21. März. Der Auswärtige Ausschuss billigte in seiner heutigen Sitzung nach längerer Aussprache über die Donez-Angelegenheit mit Ausnahme der Kommunisten die Stellungnahme der Reichsregierung.

Wie in politischen Kreisen verlautet, ist von der deutschen Botschaft in Moskau ein neuer Bericht eingetroffen, in dem bestätigt wird, daß der verhaftete Ingenieur Koster, der, wie man hört, in dem schweren Verdacht der Sabotage steht, nicht Deutscher, sondern Russe ist. Es sind demnach noch drei Deutsche in Haft. Oberingenieur Goldstein wird morgen in Berlin einströmen und dem Auswärtigen Amt und dem I.C.G. Bericht erstatten.

Zur Beurteilung der Vorgänge im Donezgebiet ist beachtenswert, was über den unmittelbaren Anlaß zur Verhaftung der deutschen Ingenieure verlautet. Danach soll eine nicht zustande gekommene Dampfprobe bei einer vor kurzem angekauften Turbine diesen Anlaß gebildet haben. Die deutschen Ingenieure haben es angeblich abgelehnt, diese in völlig unbefugbarem Zustand vorgefundene Turbine einer Dampfprobe zu unterziehen, was ihnen als „Sabotageakt“ ausgelegt wurde. Wie aus Charkow gemeldet wird, wurde auf der Fabrik Marti festgestellt, daß dort eingetrossene ausländische Maschinen unverdeckt geblieben sind, so daß sie verroteten, und nur 25 Proz. der Gruben benutzbar blieben. Die Fabrikleiter haben bei der Bestellung nicht gewußt, wie, wann und wo man die Maschinen werde benutzen können. Die Untersuchung gegen die Deutschen wird beschleunigt, sie soll in zwei Wochen erledigt sein.

Wahltag am 20. Mai.

Berlin, 21. März. Bei einer Aussprache zwischen Reichskanzler Dr. Marx und den Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, die heute stattfand, wurde auf eine Anfrage des Abgeordneten Müller-Franken hin auch kurz über die Feststellung des genauen Wahltermins gesprochen. Der Reichskanzler erwiderte, daß das Kabinett einen Beschluß noch nicht gefaßt habe, aus seinen Erklärungen aber ging hervor, daß man den 20. Mai als Wahltag festhalte.

Die Auflösung der Rentenbank.

Berlin, 21. März. Der preussische Finanzminister hat dem Staatsrat den Entwurf einer Verordnung über die Auflösung der Rentenbank und über die Aufwertung von Ansprüchen aus Rentenbriefen der Rentenbank vorgelegt. Die Veröffentlichung einer Verordnung sei noch im Laufe des Monats dringend erforderlich. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, wird in Artikel 1 angeordnet, daß die Rentenbanken für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schwern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und die Rheinprovinz, Hessen und das frühere Herzogtum Lauenburg zum 1. Juli 1928 aufgelöst werden. An diesem Tag gehen die Rechte und Verbindlichkeiten dieser Rentenbanken auf die preussische Landesrentenbank über. Die Ansprüche der Rentenbriefgläubiger gegenüber den Rentenbanken werden durch Aushändigung von Goldrentenbriefen der preussischen Landesrentenbank an die Rentenbriefgläubiger befriedigt. Der Aufwertungsatz wird festgelegt. Der Abzug eines Verwaltungskostenbeitrags ist unzulässig. Die Liquidationsgoldrentenbriefe müssen auf Goldmark lauten, 4 1/2 Prozentig sein, auslosbar zum Nennbetrag. Der Anspruch auf Aufwertung eines

In wenigen Worten

Die russischen Abrüstungsvorschläge werden von allen Staaten in Genf als ungeeignet abgelehnt.

Graf Brockdorff-Rangau ist erneut bei Dichtscherin vorstellig geworden. Er betonte die deutsche Deffenlichkeit verlange in der Donez-Affäre erschöpfende Erklärungen.

Am 29. März finden Schlichtungsverhandlungen im Tarifkonflikt im Bankgewerbe statt.

Der republikanische Senator Couzens hat im Senat eine Entschließung eingebracht, in der der sofortige Rücktritt des Schatzsekretärs Mellon verlangt wird.

Auf der Friedländerstraße in München bei Halle Halle stürzte das Gerüst einer Förderbrücke zusammen. 9 Tote und 7 Verwundete konnten bisher festgehalten werden.

Im Hause eines Wortwechlers erschoss in Magdeburg der Kaufmann Brecht seine Frau und tötete sich selber.

Rentenbriefes auf Grund des Vorbehalts der Rechte ist zur Vermehrung des Verlustes bis zum 30. Juni 1928 bei der Landesrentenbank anzumelden und, falls die Landesrentenbank den Anspruch anerkennt, ist er bis zum 31. Juli 1928 gerichtlich geltend zu machen.

Dr. Curtius über die wirtschaftlichen Kernprobleme

Hannover, 21. März. Die Deutsche Volkspartei in Hannover hielt gestern eine wirtschaftspolitische Tagung ab, auf der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vor den hannoverschen Parteiführern über die wirtschaftlichen Kernprobleme sprach. Er betonte, daß auch die deutsche Wirtschaft immer mehr zu der amerikanischen Kooperation kommen müsse. Das gelte auch für die Erparungen bringende Erneuerung des Reiches. Hier sei das Kernproblem Reich und Preußen. Der handelspolitische Ausschuss für Zölle und Handelsfragen müsse das Musterbeispiel für einen noch zu gründenden Ausschuss für die Fragen des Dawesabkommens sein. Wirtschafts- und Arbeitsministerium müßten ganz besonders eng zusammenarbeiten, doch ihre Fusion mache ganz gewaltige Schwierigkeiten. Wenn einmal große Konzerne vorhanden seien, so müßten deren Aktien in stärkerem Maße in weitere Bevölkerungsschichten hineinkommen. Für den Interessenausgleich von Kapital und Arbeit, Produktion und Konsum liege die Frage nahe, ob nicht aus der alten zentralen Arbeitsgemeinschaft heraus eine neutrale objektiv urteilende Mittlerstelle geschaffen werden könne.

Schiedspruch im Lohnstreit der Reichsbahnarbeiter

Berlin, 21. März. Amtlich wird mitgeteilt: Im Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde von der Schlichterkammer unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs a. D. von Müllendorff heute im Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch gefällt. Der Spruch sieht für die verschiedenen Lohngebiete eine Erhöhung der geltenden Grundlöhne von 3-5 Pfennig für die Lohngruppe III vor. Die Höhe der übrigen Lohngruppen erhöhen sich in dem gleichen Verhältnis. Der Zuschlag für Überzeitarbeit soll 5 Prozent betragen. Diese Lohnregelung soll erstmalig zum 31. März 1929 kündbar sein.

Der Lohnkampf im Buchdruckgewerbe

Karlsruhe, 21. März. Gestern Abend fand hier eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker statt, die zur neuen Lohnbewegung Stellung nahm. Einmütig wurde beschlossen, daß, wenn die Forderungen nicht bewilligt werden, am Freitag von sämtlichen Buchdruckerhilfen die Kündigung eingereicht werden soll. Die graphischen Hilfsarbeiter nahmen ebenfalls in einer getrennten Versammlung Stellung zu der derzeitigen Lage im Buchdruckgewerbe. In einer Resolution erklärten die Versammelten, sich dem Kündigungsbeschluß der Buchdruckerhilfen anzuschließen, wenn die Unternehmer die Spitzenforderung von 10 Mk. ablehnen sollten.

Heidelberg, 21. März. Wie das „Heidelberger Tagebl.“ meldet, ist gestern in den Betrieben der Heidelberger Buch- und Zeitungsdruckereien die Kündigung auf 31. März erfolgt.

Deutscher Reichstag

Berlin, 21. März.

Präsident Loebe eröffnete die Sitzung um 14 Uhr. Die zweite Beratung des Kriegsschadensentschädigungsgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Henning (Völk.) erklärte, seine Partei könne sich nicht damit abfinden, daß mit dieser Vorlage eine endgültige Schlußregelung geschaffen werde. Das bedeute eine Ungerechtigkeit gegenüber den Geschädigten. Das Reich habe im Versailles Vertrag die Pflicht zur vollen Entschädigung übernommen.

Abg. Holzamer (W. Vgg.) bedauerte die Unmöglichkeit einer späteren Besserung der Vorlage. Daher könne keine Fraktion ihr auch nicht zustimmen.

Abg. Dr. Bayerhöfer (W. Vp.) erklärte, es sei den bisherigen Regierungsparteien nichts anderes übriggeblieben, als der Vorlage zuzustimmen, weil die Geschädigten sonst zunächst überhaupt nichts bekommen hätten und die Erledigung der Ansprüche auf unbestimmte Zeit verschoben worden wäre. Das Gesetz habe einen durchaus soliden Charakter, da es die kleinen Geschädigten bevorzuge.

Werners Werbung.

Roman von George Manville Fenn und Carl Johannes.

„Nimmer besser, forreket zu buchen. Aber der Zuschlag von fünfzig Prozent ist eigentlich unter diesen Umständen etwas zu wenig“, murmelte er vor sich hin, während er das Notizbuch wieder einsteckte. „Wie bringe ich in Erfahrung, ob ich sie wirklich mit dem nächsten Zuge von hier fortzuführen kann? Alle Wetter, da ist sie ja.“

Er fuhr erschrocken in die Höhe, so plötzlich war der Eintritt der Dame, welche die Tür mit einem lauten Knallen hinter sich zuschlug und sich offenbar in der denkbar zornigsten Stimmung befand.

„Wo ist mein Mann?“ fragte sie heftig. Gellow geleitete sie höflich zum Fenster und zeigte nach dem Hafen, aus dem hinaus der „Silberne Stern“, von günstigem Winde getrieben, die Wogen durchschneit, um bald am Horizont zu verschwinden.

„Ja, er ist auf und davon. Mir durch die Finger geschlüpft, während ich beschäftigt war, Ihnen behilflich zu sein. Und eben hatte ich ihn endlich mit großer Mühe so weit gebracht, daß er mich mit noch seiner Nacht nehmen und mir eine kleine Abschlagszahlung machen wollte, da kommen Sie und haben den Anfall, insfolgedessen er mir durch die Finger schlüpft.“

„Ja, ich kam und hatte den Anfall“, wiederholte sie erbittert. „Wohin segelt er, Monsieur?“

„Gibddyr? Ja, das möchte ich selber gern wissen. Vielleicht bis nach London zurück. Wie befinden Sie sich jetzt?“

„Er wird hierher zurückkommen“, fuhr sie fort, ohne auf seine Frage zu achten.

Gellow brach in ein lautes Gelächter aus und rief: „Nein, diese köstliche Naivetät, Gibddyr sollte sich ein Narr sein, hierher zurückzukommen.“

„Nun, lange kann er in seinem kleinen Schiffe doch nicht auf offener See bleiben, weshalb sollte er nicht heute oder

Abg. Dr. Frid (Ntl.) lehnt die Vorlage ab. Die Entziehung der Auslandsdeutschen sei eine Tragödie, an der alle Parteien schuld seien.

Abg. Dr. Best (bei keiner Partei) verlangt besondere Berücksichtigung der kleinen Geschädigten.

Die Vorlage wird darauf in der Ausschusssitzung in zweiter Beratung angenommen.

Bei der dritten Beratung gibt Abg. v. Nichteisen (Dem.) eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Bemühungen der demokratischen Fraktion um eine bessere Entschädigung an der Passivität des Reichsfinanzministeriums gescheitert seien. Sie stimme der Vorlage nur zu, weil jede Verzögerung der Auszahlung den Zusammenbruch wertvoller Existenzen bedeuten würde.

Abg. Dr. Scheiter (Ztr.) richtet an die Demokraten die Frage, warum sie im günstigen Finanzjahr 1926 mit ihrem Finanzminister die Regelung der Kriegsschäden nicht durchgeführt hätten.

Abg. Schirmer-Dresden (Soz.) gibt eine Erklärung ab, wonach der Gesetzentwurf keine gerechte Verteilung der Mittel bringe und deshalb unsozial sei. Die sozialdemokratische Fraktion sei deshalb nicht in der Lage, dem Gesetz zuzustimmen.

Abg. Dr. Deuß (Dem.) erwidert dem Zentrumsredner, daß sich im Jahre 1926 alle Parteien mit den geschädigten Verbänden darüber einig gewesen seien, daß vor der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts gesetzgeberische Aktionen nicht vorgenommen werden sollten.

Die Vorlage wird darauf in dritter Beratung und in der Schlußabstimmung angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Wirtschaftspartei, Völkische und Nationalsozialisten.

Annahme findet auch eine Entschädigung aller Parteien, für die Zwecke der Zinsenentlastung für Darlehen an Liquidationsgeschädigte, wiederanzubauende Firmen zwecks Förderung des Außenhandels 1,5 Millionen bereitstellen. Weiter wird die Entschädigung des Ausschusses angenommen, die die Reichsregierung ersucht, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um bei der Endregelung der Reparationsverpflichtungen eine besondere Berücksichtigung der Lasten Deutschlands für die Kriegsgeschädigten zu erwirken. Ein Gesetzentwurf zur Veränderung der Verordnung über das Reichswirtschaftsgericht und des Befähigungsgesetzes wird angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über Einfuhrzölle für Schweine und Schweinefleisch und über die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 150 000 auf 50 000 Tonnen jährlich ab 1. Mai.

Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt und Entschädigungen angenommen, die die Reichsregierung ersucht, bei Auftreten von Notständen in der Fleischversorgung der ärmeren Bevölkerung sofort von der Möglichkeit der Wiederheraushebung des Kontingents Gebrauch zu machen und ferner von den Mitteln zur Hebung des Viehmarktes zunächst zwei Millionen für die Organisation der Fleischer und Verbraucher abzugeben.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) lehnt die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents ab. Die zwei Kilogramm Gefrierfleisch auf den Kopf der Bevölkerung können bei einem Gesamtleistungsbedarf von 52 Kilogramm auf den Kopf im vorigen Jahr gar keinen Einfluß auf den Markt ausüben. Der Redner legt eine Entschädigung vor, wonach bei der künftigen Verteilung des Kontingents die Gemeinden Bayerns, Württembergs und Thüringens prozentual in derselben Höhe wie bisher beteiligt werden sollen.

Abg. Fromm (Dn.) stimmt der Herabsetzung des Kontingents zu. Das Ueberangebot führe dazu, daß Mastvieh zum Teil nur noch mit Verlust abgesetzt werden kann.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) beantragt, das Kontingent nur auf 70 000 Tonnen herabzusetzen. Auch im Notprogramm sei nur von einer schrittweisen Herabsetzung die Rede gewesen.

Reichsernährungsminister Schiele erklärt, die Regierung wolle den Zoll auf Gefrierfleisch möglichst bald neu regeln. Gegenüber der Behauptung, daß die Gefrierfleischzufuhr auf den Markt gar keinen Einfluß ausübe, stellt der Minister fest, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch und Lebendvieh einer Einfuhr von einer Million Rinder gleichkomme, während auf den 37 größten Märkten Deutschlands insgesamt 1,3 Millionen Rinder erscheinen. Den demokratischen Antrag bittet der Minister im Interesse des deutschen Bauernstandes, der zum größten Teil an der Viehproduktion beteiligt sei, abzulehnen.

Abg. Hörnle (Komm.) bezeichnet die Vorlagen als den Versuch, die sogenannte Ueberlastung des Vieh- und Fleischmarktes auf Kosten der Armen zu beseitigen.

Abg. Forstner (W. Vp.) erklärt, für die süddeutsche Vieh-

erzeugende Landwirtschaft sei das Gefrierfleisch eine sehr empfindliche Konkurrenz. Der Verbrauch von 5400 Tonnen Gefrierfleisch in München könne nur dadurch erklärt werden, daß ein erheblicher Teil des eigentlich nur für die arme Bevölkerung bestimmten Gefrierfleisches in die Hotels und Gasthäuser wandert, wo es den Fremden vorgesetzt wird.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) spricht den schlesischen Bauern, die gegen den Steuerdruck protestiert haben, seine Sympathie aus.

Abg. Hünse-Thüringen (Christl.-Nat.) betont, daß die beabsichtigten Maßnahmen nicht ausreichend seien, um der Not der Landwirtschaft wirksam zu steuern. Immerhin könne man in ihnen einige Erfolg versprechende Teile des Notprogramms erblicken.

Abg. Weidenhöfer (Völk.) findet es empörend, daß man der Entrüstung der Bauern mit dem Polizeiknüppel entgegenetrete.

Der Gesetzentwurf über Einfuhrzölle für Schweine und Schweinefleisch wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, das Gefrierfleischkontingent erst allmählich gestaffelt herabzusetzen, wird mit 212 gegen 148 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Der demokratische Antrag, das Kontingent nur auf 70 000 Tonnen herabzusetzen, verfällt mit 195 gegen 159 Stimmen bei sieben Enthaltungen der Ablehnung. Stimmenthaltung übte bei den Abstimmungen auch der demokratische Abgeordnete Dietrich-Baden, während die übrigen Mitglieder seiner Fraktion für die Anträge stimmten.

Die Gefrierfleischvorlage wird in zweiter und dritter Beratung in der Ausschusssitzung angenommen.

Die sozialdemokratische Entschädigung über die Berücksichtigung Bayerns, Württembergs und Thüringens wird abgelehnt.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag 14 Uhr. Bericht des Kriegsschadensuntersuchungsausschusses — Kleine Verlagen. — Schluß: 19.30 Uhr.

Die Reichstagskandidaten des badischen Zentrums

Dr. Birth nicht mehr aufgestellt.

Freiburg, 21. März. Das Zentralkomitee der Zentrumspartei Badens hielt gemeinsam mit der Landtagsfraktion gestern in Freiburg eine Sitzung ab. Reichstagsler a. D. Dr. Birth war nicht erschienen. Er wird, wie die nachfolgende Liste der Reichstagskandidaten des Badischen Zentrums zeigt, in den kommenden Reichstagswahlen für Baden nicht mehr kandidieren. Spitzenkandidat ist Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Brüning. An zweiter Stelle der Kandidatenliste folgt der bisherige Reichstagsabgeordnete Karl Diez, Landwirt und Spediteur in Koblitzzell. Dann folgt der Reichstagsabgeordnete Jos. Erising, Gewerkschaftssekretär in Karlsruhe, der Bad. Landtagsabgeordnete Dr. Ernst Köhr. Dielesonprotes des Volksvereins für das kath. Deutschland, in Freiburg, der frühere Reichstagsabgeordnete Anton Damm, Landwirt u. Bürgermeister in Wagenscheid (Kreis Nordsachsen). Den Schluß der Liste bildet der Reichstagsabgeordnete Franz Sonner, Direktor in Karlsruhe.

Wem gilt die Sammlung?

Wenn am kommenden Sonntag, den 25. März, in ganz Baden, in Dorf und Stadt, für ein großes Hilfs- und Beseßwerk gesammelt wird, dann gebe keiner gleichgültig und mitleidlos an den Sammelbüchsen vorüber. Es sind die badischen Taubstummen, in deren Namen an diesem Tage an den Opferstimm aller gefunden und darum glücklicheren Menschen appelliert wird. Ihnen, den vom Schicksal so schwer Betroffenen soll ein Heim errichtet werden, in dem sie zu befriedigender Arbeit herangebildet werden und in dem sie im Alter eine Zuflucht finden. Laßt also am Sonntag Euer Mitgefühl für die Tauben und Stimmen zur Tat werden und gebt eine Spende für ihr Heim Bruggalden!

Badischer Landtag

Steuererleichterung im bad. Landtag (aus dem Haushaltssauschuss).

Nach der Behandlung der Biersteuer, Fleischsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und der Kennzeichensteuer kamen die eigentlichen Realsteuern an die Reihe. Wir erfahren darüber das Nachfolgende:

Von den badischen Steuern soll die Grund- und Gewerbesteuer 3,7 Millionen bringen, hierzu stellt die Deutsche Volkspartei folgenden Antrag Dr. Maies-Günderl:

„Nein, ich denke nicht. Aber wir könnten das ja leicht in Erfahrung bringen. Gätte er wirklich eine Dame hier, so wäre das eine ganz unverantwortliche Verschwendung seinerseits, da er mir so viel schuldig ist. Aber halt. Ja, jetzt ist mir die Sache klar. Alle Wetter, das ist mir denn doch ein bißchen zu stark. Deshalb wollte er mich also zuerst durchaus nicht mit noch seiner Nacht nehmen.“

„Was meinen Sie?“ fragte sie eifrig.

„Wenn eine da ist, Madame, wenn er sich wieder mal verheiratet hat, so ist sie ganz sicher an Bord seines Schiffes, und dort segeln sie — nein, doch nicht, das Schiff ist schon aus unserem Gesichtskreise verschwunden.“

Gellow entledigte sich dieser Rede mit einem so vorzüglich gelungenen Anschein aufrichtiger Ueberzeugung, daß es ihm gelang, seine Gegnerin wirklich auf die falsche Spur zu bringen. Hestig aufstampfend wandte sie sich zum Fenster und vermochte nur mit Mühe ihre äußere Haltung zu bewahren.

„Nun, Madame“, fragte Gellow, „Ihr Befinden hat sich wieder gebessert?“

„O ja, ich fühle mich schon wieder ganz wohl.“

„Und Sie können jetzt meiner weiteren Dienste entraten?“

„Gewiß.“

„Dann möchte ich Ihnen jetzt Lebewohl sagen.“

„Wohin wollen Sie?“

„So schnell wie möglich nach London zurück.“

„Und weshalb?“

„Um alle Nachkisten nachzusehen, schleunigst zu entfenen ist, dann schleunigst dorthin reisen und dem würdigen Herrn Gibddyr einmal ordentlich meine Meinung zu sagen.“

„Bleiben Sie noch — eine — zwei Stunden.“

„Weshalb?“

„Bis meine Kleider getrocknet sind. Ich will mit Ihnen zurückreisen.“

Und sie hielt Wort. Zwei Stunden später sahen sie mit dem Schnellzuge nach London ab.

„morgen zurückkommen?“

„Soll ich Ihnen das wirklich sagen?“

„Gewiß — schnell.“

„Weil er sich überlegen wird: es ist doch besser, ich kehre nicht nach Danmouth zurück, denn Madame Denise hat mich so lieb und empfindet solche Sehnsucht nach mir, daß sie dort auf mich warten wird — sehen Sie jetzt, wie die Sache liegt?“

„O ja. Die Sachlage ist mir völlig klar. Sie machen sich über mich lustig und sind kein Freund von mir.“

„Ja, ha, ha!“ lachte Gellow, „das würden Sie nicht sagen, wenn Sie gehört hätten, wie er auf mich losjumpsie, als ich ihn ganz höflich daran erinnerte, daß ich etwas von meinem Gelde brauchte.“

„Gewiß, das kann ich mir lebhaft denken. Aber jetzt will ich wissen, weshalb mein Mann überhaupt hierher kam?“

„Reines Erachtens deshalb, um mir etwas aus den Augen zu kommen und — aber Sie werden doch nicht beleidigt sein, wenn ich es offen ausspreche?“

„Nah, ich weiß ja, wer sie sind. Sie können mich nicht beleidigen.“

„Nun, es tut mir aufrichtig leid, daß ich vor Ihren schönen Augen so wenig Gnade finde, aber ich will Ihnen trotzdem offen sagen, was ich denke. Reines Erachtens suchte Herr Barry Gibddyr diesen so entzückend weltabgelegenen Ort nur auf, um vor Madame Denise sicher zu sein. Und jetzt wird er wohl irgendwo anders hinflüchten, um möglichst weit von Ihnen entfernt zu sein.“

„Ja, das ist wahr“, erwiderte sie bitter.

„Wenn Sie nicht gekommen, wäre er vermutlich hier geblieben.“

„Zu welchem Zweck?“

„Woher sollte ich das wissen? Um Billard zu spielen, Zeitungen zu lesen.“

„Er hätte also wirklich keine Dame hier?“

1. Art. 7 Abs. I des Finanzgesetzes erhält folgende Fassung:

An Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb werden gemäß § 9 Abs. 4 des Grund- und Gewerbe-steuergesetzes vom 1. April 1928 jährlich

- 170 Hundertteile vom Grundvermögen,
250 Hundertteile vom Betriebsvermögen,
170 Hundertteile vom Gewerbeertrag

der in § 9 Abs. 1-3 festgelegten Steuergrundbeträge erheben.

II. In Hauptabteilung VII Einnahmen Titel I § 7 wird gefügt:

Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb 81 300 000 (Rundung). In den nächsten vier Jahren soll die Grund- und Gewerbesteuer jährlich um 7,5 v. H. gesenkt werden, um die besonders hohe Belastung Badens mit Realsteuern zu mildern. Hohe Steuerentlastung soll in den nächsten 2 Jahren beim Grundvermögen und beim Gewerbeertrag, in der folgenden Budgetperiode auch beim Betriebsvermögen durchgeführt werden.

Da von 1926-27 das Einkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuern um etwa 30 v. H. gestiegen ist, darf ein wesentliches Mehrerträgnis aus der Besteuerung des Gewerbeertrags erwartet werden. Bei einem Steuerfuß von 170 v. H. beim Grundvermögen und beim Gewerbeertrag und von 250 v. H. beim Betriebsvermögen ist mit einem Gesamterträgnis von mindestens 33,3 Millionen zu rechnen. Infolge Senkung der Steuer wird der Abgang und Rückerschlag 2 Millionen nicht übersteigen, so daß sich ein Reinertrag von 31,3 Millionen ergibt.

Zur Begründung dieses Antrags führte ein volksparteilicher Redner aus, die außerordentliche Höhe der badischen Realsteuern mache die Aufstellung eines Steuerentlastungsprogrammes und eine sofortige Steuerentlastung notwendig, das verlange der Antrag. Die Steuerentlastung sei möglich unter Aufrechterhaltung des bisherigen Verhältnisses zwischen Ausgaben und Einnahmen im Staatsvoranschlag, da einmal die Gewerbesteuer etwa 26 Millionen mehr bringen würde, als vorgesehen sei, wenn man die von der Regierung verlangten Steuergrundbeträge durchführe würde. Ferner habe die Regierung den Rückerschlag und Abgang mit 4 Millionen um mindestens 2 Millionen zu hoch eingelegt. Außerdem habe der Landtag schon größere Erleichterungen im Staatsvoranschlag vorgenommen und müsse noch weitere durchführen. Aus diesem Grunde könne man die Grundsteuer und die Gewerbeertragssteuer auf 170 v. H. senken und sei beim Betriebsvermögen keine Erhöhung auf 310 v. H. wie es die Regierung wolle, sondern nur auf 250 v. H. notwendig. Von Seiten der Regierung wurde entgegnet, durch den Antrag der Deutschen Volkspartei würde das Steuererträgnis um 7,8 Millionen verringert und das Verhältnis zwischen Grund- und Gewerbesteuer geändert werden. Ein Zentrumsredner hielt den Antrag für verfrüht, umso mehr als die Kosten der Beschaffungsregelung noch nicht bekannt seien. Auf Anfrage der Deutschen Volkspartei wie die Beschaffungsregelung stehe, erklärte der Finanzminister, die Minister hätten mehr verlangt, als im Staatsvoranschlag vorgesehen sei, es würde jetzt die Frage geprüft, ob die vorgesehene Summe von 16,5 Millionen ausreichend sei.

Ein Antrag des Landbundes, der Steuererleichterung in Höhe von 9 Millionen verlangt, wird beraten, ohne zu einer Abstimmung zu kommen. Ein volksparteilicher Redner fragt nach der Behandlung des Schuldenabzuges bei der Veranlagung der Grund- und Gewerbesteuer nach Durchschnittssätzen. Die Regierung teilt mit, daß die Schulden in den Durchschnittssätzen nicht berücksichtigt werden, sondern individuell behandelt würden. Weiter teilt die Regierung mit, daß 70 Prozent der Gewerbesteuerpflichtigen von der Gewerbeertragssteuer befreit sind. Weiter begründet die Regierung noch einmal, warum sie die Kleinststeuer für Haushaltsrechnungen nicht aufhebe. Zu einer längeren Aussprache gibt eine Eingabe reisender Kaufleute um Befreiung von der Gewerbesteuer Anlaß. Ein volksparteilicher, ein demokratischer und ein Zentrumsredner vertreten den Standpunkt, daß die Eingabe ihre sachliche Berechtigung habe und die bisherige Regelung des Kreises der Gewerbesteuerpflichtigen nicht beibehalten werden könne. Die Regierung wird beauftragt, die Frage zu prüfen.

Aus Nah und Fern.

* Sinshetm, 22. März. (Vortragsabend.) Wir machen auf den heute Abend im Zeichenaal der Oberrealschule stattfindenden „Lichtbildervortrag“ ganz besonders aufmerksam. (Siehe Inserat.)

* Sinshetm, 22. März. (Besoldungszahlung der badischen Beamten.) Dem Vernehmen nach, soll die Nachzahlung aus der Besoldungserhöhung für die zurückliegende Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. März 1928 an die badischen Beamten Ende des Monats März vollzogen werden. Da der Personalanhang außer dem Staatsvoranschlag vom Landtag vorher nicht verabschiedet werden kann, sollen die Bezüge aller Beamten, deren neue Besoldungsordnung festgelegt ist, einmündig unter Zugrundelegung der Sätze der unter für sie in Betracht kommenden Gruppen berechnet werden. Die Zustimmung des Haushaltsausschusses des Badischen Landtages zu dieser Maßnahme ist erfolgt. Die Rassen werden die Aprilbezüge auf Ende März im allgemeinen noch nach den alten Sätzen bezahlen und die Nachzahlung für den Monat April auf Ende April mit den Maibezügen vollziehen.

bv Sinshetm, 22. März. (Gültigkeit der Sonntagsfahrkarten an Ostern.) Sonntagsrückfahrkarten werden an Ostern von Gründonnerstag, mittags 12 Uhr, bis Ostermontag einschl. ausgegeben. Zur Hin- und Rückfahrt gelten diese Karten von Gründonnerstag 12 Uhr ab bis Ostermontag einschl. an allen Tagen, zur Rückfahrt sind sie nur gültig am Karfreitag, Ostermontag und Ostermontag uneingeschränkt und außerdem am Karfreitag und am Dienstag nach Ostern, jedoch mit der Einschränkung, daß an diesen beiden Tagen die Rückfahrt auf der Zielstation der Fahrkarte spätestens um 9 Uhr vorm., von Unterwegsstationen spätestens mit dem Zuge angetreten werden muß, der die Zielstation der Sonntagsfahrkarte um 9 Uhr vorm. verläßt. Die Rückfahrt ist nach 9 Uhr vorm. ohne Fahrkartenbesitz, bei Zugwechsel mit dem nächsten anschließenden Zuge zurückzuliegen.

* Sinshetm, 22. März. (Vorsicht!) Erfahrungsgemäß ist zur Frühjahrszeit das alte Gras und Gesträuch besonders leicht entzündlich. Das Feuermachen in Anlagen, in Wäldern und auf Weiden ist daher gefährlich, im übrigen auch strafbar. Beim Begewerfen glimmender Zigarren- und Zigarettenstummeln, brennender oder glühender Zündhölzer usw. ist die größte Vorsicht geboten.

* Sinshetm, 22. März. (Verwendung von abgeblühten Blumenzwiebeln.) Wenn uns Zwiebelgewächse als Topfpflanzen im Zimmer erfreut haben, nehme man sie aus der Erde, aber lasse sie nicht zu schnell eintrocknen. Das „Einziehen“ (Welken) muß allmählich erfolgen. Eine Hyazinthenzwiebel blüht zum zweiten Male nie wieder so schön; man pflanze sie in den Garten und wird vielleicht eine schwache Blume erzielen. Die übrigen Zwiebelgewächse, besonders die Tulpen, sind auch im zweiten Male des Blühens wieder schön. Seilla, Narzissen und Tagelien pflanze

man am besten sofort ins Freie. Maiblumen pflanzt man nach einmaligem im Kopf im Freien. Jeweils blühen sie dann erst wenig, im nächsten Jahre aber wieder reichlich.

* Neckarbischofsheim, 21. März. (Kriegerverein.) Der Kriegerverein hat am Sonntagabend im Schwannensaale seine ordentliche Generalversammlung abgehalten. Der Verein hat im verfloffenen Berichtsjahr seinen Mitgliederstand wesentlich erhöhen können, so daß er jetzt über 140 Mitglieder aus allen Schichten der Bevölkerung zählt. 4 Mitglieder hat er im vergangenen Jahr durch den Tod verloren. Auch die Sterbekasse hat wieder einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs erhalten. Herr Kirchenrat Schmittbenner und Herr Adam Schmitt wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Durch die Wahlen ist eine Veränderung im Vorstande nicht eingetreten. Neu hinzugewählt wurden als 2. Kassier Herr Ludwig Kagan. Die Bücherkasse hat durch eine ansehnliche Zuwendung des Herrn Grafen von Helmstadt eine schöne Bereicherung erfahren. Dem Verein stehen noch große Aufgaben bevor. Zunächst hat er die Absicht, die Kriegererzählung wie bekannt zum Abschluß zu bringen. Seiner Initiative ist ja die würdige Ausgestaltung des Kriegerdenkmals durch Erstellung des Kriegerdenkmals auf dem Friedhofe zu danken.

* Helmstadt, 21. März. (Auswanderer.) Der vor 14 Tagen von hier nach Amerika ausgewanderte 21 Jahre alte Heinrich Dürrstein ist wohlbehalten drüben angekommen. Die Ueberfahrt erfolgte auf dem Dampfer „Karlsruhe“ des Nordd. Lloyd. Das Reiseziel des jungen Mannes ist Ohio (Cleveland), wo er als Farmer seine Lebensstellung findet. Wir wünschen ihm in der neuen Heimat eine glückliche Zukunft.

* Hilsenhardt, 21. März. (Wasserleitung.) Am vergangenen Donnerstag wurde der Wasserturn, der jetzt fertiggestellt ist bis auf den Berzug, zum erstenmal mit Wasser gefüllt, um ihn auf seine Gebrauchsfähigkeit zu prüfen. Er faßt 162 000 Liter. Im Anschluß daran wurde den Einwohnern das Wasser geleitet, wobei mancher mehr davon bekam, als ihm lieb war. Auf originelle Weise haben einige Bewohner ihren seitherigen Gemeinderäten geehrt. Der Brunnenstock ist umwunden mit Eisen, am Brunnen hängt ein Fichtenkranz mit Rosen. Darinnen ist ein Plakat befestigt mit folgender Inschrift: „Abschied von einem alten Bekannten! Verlassen, verlassen, verlassen bin ich; wie der Stein auf der Straße, so verlassen bin ich.“ — Seremia Kap. 2, B. 13. Evang. Joh., Kap. 4, B. 14. — Jetzt gang i an's Brünnele, trink aber net. Gewidmet von den Staugärtlern und Frühgärtlern.

* Reilshetm, 21. März. (Ein Todesfall.) Im Alter von 80 Jahren ist hier Johann Salgeber gestorben. Mit ihm ist wieder einer der wenigen, die den Feldzug von 1870/71 mitgemacht haben, ins Grab gesunken.

* Ringolsheim, 21. März. (Unfall.) Vorgestern mittag zwischen 12 und 1 Uhr fuhr der Sattlerlehrling von Sattlermeister Söhler mit dem Rad nach Langenbrücken. Auf dem Wege dahin kam er durch ein Auto und zwei Motorräder in schwere Bedrängnis, kam dabei zu Fall und trug schwere Verletzungen davon. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Wen die Schuld trifft ist noch nicht geklärt.

* Heidelberg, 21. März. (Neue Römerfunde an der Römerbrücke.) Bei Ausschachtungsarbeiten an der nahezu fertiggestellten neuen Brücke in Heidelberg, der sogenannten Römerbrücke, stieß man in unmittelbarer Nähe des kürzlich geschürften römischen Ziegelfens auf einen römischen Schachtbrunnen. Dieser Brunnen hat einen Durchmesser von ca. einem Meter, groß zugebaute Fundamentsteine bildeten die Vermauerung. Der Brunnen war zum Teil mit Steinkrugstücken, Tierknochen und Scherben, sowie Ziegeln ausgefüllt. Da man außerdem noch Wandvorputzstücke vorfand, hofft man noch weitere Römerbauten zu finden, die zu diesem Brunnen gehören. Die weiteren Arbeiten an dem Brückenkorb und die nähere Untersuchung des neuen Römerfundes dürfte noch manch interessante Einzelheit zu Tage bringen.

* Heidelberg, 21. März. (Waldbrand.) Im Stadtwald oberhalb der Bismarckhölle, in halber Höhe des Heiligenberges, entstand gestern gegen 17 Uhr ein Waldbrand. Die Entstehungsurache ist unbekannt. Die alsbald eingetretene Berufsfeuerwehr löschte in etwa einstündiger Arbeit das Feuer. Besondere Schaden ist nicht entstanden.

* Schwellingen, 21. März. (Ein Fest der Kanoniere.) Am 12. und 13. Mai 1928 feiert der Artilleriebund Schwellingen sein 30 jähriges Stiftungsfest. Gleichzeitig findet in Schwellingen der erste unterbadische Artillerietag, sowie der Gantag des Gaukriegerbundes statt. Für die Durchführung dieser großzügigen Veranstaltung sind umfangreiche Vorbereitungen bereits seit längerer Zeit im Gange. Sonntag, den 13. Mai, finden vormittags die geschäftlichen Sitzungen des Kanoniertages und des Gaukriegerbundes statt. Anschließend treffen sich die Teilnehmer auf dem Schwelinger Kriegerfriedhof zu einer Gedächtnisfeier für die Gefallenen des Weltkrieges. Im Mittelpunkt der Nachmittagsveranstaltungen steht der große Festzug, dem ein Gartenfest folgt. Abends werden große Beleuchtungen des Schlossgartens und des Schlosses die Befruher erfreuen.

* Schwellingen, 21. März. (Vom Motorrad gestürzt.) Gestern nachmittag gegen 4 Uhr ist ein Schwelinger Motorradfahrer, der von Rheinaukommend nach Schwellingen fuhr, in voller Fahrt mit seinem Fahrzeug gestürzt. Der Unfall ereignete sich unterhalb des Friedhofes, in der Nähe der südlichen Sandgrube. Der Verunglückte, der bewußtlos auf der Straße liegen blieb, wurde von einem hinzukommenden Auto nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich. Die Ursachen des Unfalls sind nicht einwandfrei aufgeklärt. Wahrscheinlich wurde das Motorrad durch einen starken Windstoß aus der Bahn geschleudert.

* Waldorf, 21. März. (Nächtlicher Dachabdecker.) Nachdem am Samstagabend der heiligen Einwohnerschaft mit dem berichteten Streitmittel aufgewartet wurde, wurde ihr in der Nacht vom Sonntag auf Montag erneut ein Schauspiel geboten. In tiefer Nachtstunde erscholl plötzlich von dem Dach des Hinterhauses des Gasthauses „Zum Engel“ Feuer und gleichzeitig wurden die Nachbarn durch seltsame Geräusche aufgeschreckt. Es stellte sich heraus, daß der in diesem Gebäudeteil wohnende Arbeiter Peter Lamade, der des öfteren mit fallbüchigen Anfallen behaftet ist, in einem derartigen Anfall auf das Dach gestiegen war und dort die Ziegel abdeckte, die er in den Hof hinterwarf. Dieses Geschäft begleitete er gleichzeitig mit dem Rufen „Feuer! Feuer!“ Als er von dem Treiben des Lamade vernachlässigte Gendarmen diesen vom Dach herunterholte, hatte er schon bereits eine große Dachfläche abgedeckt. Für den Rest der Nacht wurde der Sächtlige zur Sicherheit in den örtlichen Gewahrsam gebracht, von wo er in den Morgenstunden in die Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch übergeführt wurde, da der diesmalige Anfall zweifelsohne einen stark pathologischen Einschlag hatte.

* Wiebtingen, 21. März. (Ein gefährliches Spielzeug.) In der ev. Kinderschule ereignete sich vor einigen Tagen ein bedauerlicher Unglücksfall. Ein Kind spielte mit einer Nadel. Die Schwester wollte dem Kinde das gefährliche Spielzeug abnehmen. Die Kleine setzte sich zur Wehr, zog das Handgelenk zurück und die Nadel verletzte das Auge der Kinderhelferin. Zunächst schien keine Gefahr für das Auge vorhanden zu sein, jedoch nach einigen Tagen stellte sich Blutvergiftung ein, so daß man um das Leben der Verletzten sehr in Sorge war und das verletzte Auge heraus-

genommen werden mußte. Die Patientin befindet sich immer noch in ärztlicher Behandlung.

* Wimpfen, 20. März. (Sonderzug nach Würzburg.) Die Gefangenen von Wimpfen und Umgebung unternahmen am 8. Juli einen Ausflug nach der an Sehenswürdigkeiten reichen Frankensstadt: Würzburg. Hin- und Rückfahrt, Mittagessen und Führung: 8.10 Mk. Wir laden hierzu andere Vereine und Einzelpersonen freundlichst ein, sich sofort bei dem Leiter Lehrer Finzer Wimpfen im Tal anzumelden. Vorläufig festgelegte Haltestationen des Extrazuges: Babstadt, Rappenu, Wimpfen, Jagtsfeld.

* Schwaigern, 21. März. (Die Bausparer) der Gemeinschaft der Freunde in Wüstenrot von Schwaigern und Massenbach versammelten sich letzten Samstagabend im Gasthaus zum „Löwen“ zwecks Gründung einer Ortsgruppe der Bausparer der G. v. F. Nach einem von Herrn Oberlehrer Kugler aus Großgartach bereitwillig und ausführlich gehaltenen Referat und auf Grund der nach diesem Vortrag gepflogenen Beratungen wurde die Gründung einer Ortsgruppe einstimmig gutgeheißen.

* Mannheim, 22. März. (Einsamer Tod einer Greisin.) Die 84jährige Witwe Fesenbed wurde in ihrer Wohnung neben ihrem Bette liegend tot aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß eine strafbare Handlung nicht vorliegt. Es ist anzunehmen, daß die gebrechliche alte Frau einsam gestorben ist.

* Mannheim, 22. März. (Berufung verworfen.) Der 25jährige Elektrotechniker Franz Hain aus Linz war wegen des verjühten Einbruchs in der Jesuitenkirche vom Schöffengericht Mannheim zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Die Berufungsinstanz, die Mannheimer Große Strafkammer, verwarf die Berufung und hielt die Strafe aufrecht.

* Karlsruhe, 22. März. (Ein drittes Opfer.) Der bedeutliche Vorfal in einem hiesigen Kinderheim, dem St. Antoniusheim, hat noch ein drittes Opfer erfordert. Der Zustand der anderen, an Rauchergiftung erkrankten Kindern soll zufriedenstellend sein.

* Steinen bei Schopfheim, 22. März. (Explosion.) Ein 10jähriger Knabe fand auf einem Schutthaufen eine Patrone, die beim Ausräumen eines Speichers mit anderen Sachen dorthin gelangt war. Der Junge legte die Patrone auf einen Stein und schlug darauf, wodurch dieselbe explodierte und den Knaben schwer verletzte.

* Ofenburg, 22. März. (Autozusammenstoß.) An der verhängnisvollen Kreuzung Wilhelmstraße-Friedenstraße sind gestern morgen die Autos zweier hiesiger Geschäftsleute zusammengestoßen. Der Sachschaden ist ziemlich erheblich. Zum Glück kamen Personen nicht zu Schaden. Erst vor kurzem ist an der gleichen Stelle ein solcher Zusammenstoß erfolgt.

* Walterweier, 21. März. (Tödlicher Unfall.) Hier verunglückte beim Abfahren des Ringzuges auf die Gemeindegasse das dreijährige Schindes des Josef Bernert von hier so unglücklich, daß alsbald der Tod eintrat. Das Kind wollte anscheinend auf den vollbeladenen Kieswagen steigen, kam dabei zu Fall und verunglückte tödlich. Allen, besonders den Müttern möge dieser Fall, der die ganze Gemeinde in Aufregung gebracht hatte, wieder erneut als Warnung dienen.

* Reichenbach, 21. März. (Ungestürzt.) Der 22 Jahre alte, in Prinsbach beschäftigte Dienstknecht Alfred Armbruster, stürzte am Sonntagnachmittag bei Landwirt Stefan Subm. hier, vom Fahrrad in den Bach. Armbruster erlitt durch den Sturz einige Hautabschürfungen. Die Ursache des Sturzes soll auf einen epileptischen Anfall zurückzuführen sein.

* Kandern, 22. März. (Brand.) Dienstag nacht brannte in Malsburg das Delonomiegebäude des Bürgermeisters Schäfer vollständig nieder. Der einheimischen Feuerwehr gelang es unter Hinzuziehung von anderen Wehren aus der Umgebung das Wohnhaus zu retten. Auch das Vieh konnte noch in Sicherheit gebracht werden, nur das tote Inventar verbrannte. Ueber die Brandursache ist man bis jetzt noch im Unklaren, plötzlich stand die Scheune in Flammen.

* Fahr, 22. März. (Ein tragikomisches Erlebnis rief dieser Tage unter den Beteiligten einige Aufregung hervor. Mehrere Knaben im Alter von 6 und 7 Jahren vergnügten sich damit, in eine Gde Huber- und Burghermerweg eingebaute Wasserabzugsbohle zu kriechen. Alles ging vorzüglich, bis einer der Jungen mitten in der Bohre stecken blieb und nicht mehr vorwärts noch rückwärts konnte. Er schrie natürlich fürchterlich; alles Zerren der Kameraden war aber vergebens, bis es endlich einem Manne gelang, den Kleinen in eine Lage zu bringen, die es möglich machte, den Körper wieder an die frische Luft zu bringen. Schaben hat der Kleine nicht gemerkt; der ausgetändete Schreden wird ihm aber wohl noch lange in Erinnerung bleiben.

* Freiburg i. Br., 22. März. (Witterungsumschlag.) Gestern früh ist im Feldberggebiet ein empfindlicher Witterungsumschlag eingetreten. Schneefall und ein eisiger Wind haben die Herrschaft übernommen. Die sonnigen Vorfrühlingsstage waren nur von kurzer Dauer.

* Staufen, 22. März. (Schweres Motorradunglück.) Der Landwirt Konrad Kieffer rannte mit seinem Motorrad im Münsfeldtal gegen einen Baum und verletzte sich schwer an beiden Beinen. Seine Schwägerin, die sich im Beiwagen befand, erlitt einen lebensgefährlichen Schädeldruck.

* Schonach bei Triberg, 22. März. (Brand.) Gestern nacht entzündete in der Schreinerei und Drechslerei des Erwin Pfaff zum „Schwert“ Feuer, das sich rasch ausbreitete und das ganze Gebäude einäscherte. Die Feuerwehren mußten sich auf die daneben liegenden Gebäude beschränken. Der Schaden beträgt ca. 35-40 000 Mk. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

* Halingen bei Lörrach, 22. März. (Flüchtiger Hausierer.) Die in dem Manufakturwarengeschäft von Greiner in Lurringen bei dem zweimaligen Einbruch gestohlenen Stoffe wurden durch einen Hausierer in der Gegend von Halingen zu Schleuderpreisen angeboten, so z. B. guten Flanellstoff, dessen ursprünglicher Preis auf 1,50 Mk. festgesetzt ist, für 50 Pfg. per Meter. Als die Gendarmen in Weil-Leopoldsdörfer nach dem Hausierer suchten, flüchtete derselbe in die Rebberge und konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

* Bollfartsweiler (Pfalz), 21. März. (Vom Auto getötet.) Der Versicherungsinspektor Stephan aus Bollfartsweiler stieß mit seinem Motorrad auf der Straße nach Bollfartsweiler mit einem Kraftwagen zusammen und wurde so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb.

* Baldmohr (Pfalz), 22. März. (Der 1. Bürgermeister verhaftet.) Aufgrund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters am hiesigen Landgericht wurde unter dem dringenden Verdacht der schweren Urkundenfälschung der 1. Bürgermeister Bächle von hier festgenommen und ins hiesige Amtsgefängnis eingeliefert.

Großfeuer durch einen brennenden Güterwagen.

Straelen (Rheinland), 21. März. Auf der Geldernischen Kreisbahn geriet wahrscheinlich durch Funkenflug aus einer Lokomotive ein mit Stroh beladener Güterwagen zwischen Auel und Straelen in Brand.

Absturz in den Hohen Tauern.

Salzburg, 21. März. Eine Gesellschaft von 17 Naturfreunden aus Wien brach heute mittag von Zittelhaus am Sonnblick auf und wandte sich in östlicher Richtung über die hohe Riffl.

Gerüsteinsturz der Friedländergruppe in Müdenberg

Müdenberg bei Halle, 22. März. Die außerordentlich heftigen Stürme haben gestern um 9.30 Uhr in Müdenberg das Montagegerüst der im Bau befindlichen Abraum-Förderbrücke in der Friedländergrube der Bubiag umgeworfen.

Spezia verlassen und ist nach Spitzbergen ausgelaufen. General Nobile ist gestern mit der Bahn von Mailand nach Rom zurückgekehrt, um hier noch einige Vorbereitungen für seine Nordpolexpedition zu treffen.

Die Feier des 100. Geburtstages Ibsens in Oslo. Oslo, 22. März. Der 100. Geburtstag Henrik Ibsens wurde hier am Dienstag unter großen Feierlichkeiten begangen. Die ganze Stadt hatte geflaggt und in allen Festungen Norwegens wurden 21 Salutgeschüsse abgegeben.

Neueste amtliche Kurse

Table with exchange rates for various locations including London, Paris, and Berlin. Columns include location, unit, and rate.

Radio-Programm

für Freitag, den 23. März 1928. Berlin (483). 20.30 Uhr: Willy Prager singt Schlager. 21.00 Uhr: Stunde der Lebenden. 22.30 Uhr: Wildwestplattenkonzert.

Breslau (322). 20.10 Uhr: Orchesterkonzert. 22.30 Uhr: Schallplattenkonzert. Frankfurt (428). 13.00 Uhr: Schallplattenkonzert, Operetten. 15.30 Uhr: Jugendstunde. 16.30 Uhr: Hausfrauenmittag.

Radio-Vertrieb

E. Schick, Uhrmachermeister, Sinsheim a. G. Radio-Literatur, Programm-Zeitschriften bei J. Doll, Buchhdlg., Sinsheim.

Wetterbericht.

Karlsruhe, 21. März. Gestern hatte Baden vorwiegend wolkenloses Wetter. Die bisher scharf ausgeprägte Grenze zwischen kontinentaler Kaltluft mit wolkenlosem Wetter und feuchter Warmluft mit Bewölkung hat heute nach von Südwesten her Rheinebene und Schwarzwald erreicht.

Alles nur mit Ata putzen! Leicht Arbeit! Größer Nutzen! Sie kennen doch ATA? Henkel's ausgezeichnetes Putz- und Scheuermittel!

Für einen 15 jährigen Jungen wird eine Lehrstelle als Schuhmacher gesucht. Echte Frankfurter Würstchen. Prima Qualität. empfehlen Gebrüder Krell.

3 VORZÜGE hat ein Abonnement auf die Süddeutsche Sonntagspost. 1. Erhält der Bezueher eine reichhaltige, amüsante u. illustrierte Lektüre für den Sonntag. 2. Ist der Abonnent mit Ehefrau zusammen versichert gegen Tod bis zu RM 600 und gegen Unfall bis zu RM 10000. 3. Kostet das Abonnement einschließlich Versicherung nur monatlich RM 1.-

Stammholz-Versteigerung Die Pflzer Kathol. Kirchenschaffnei Heidelberg versteigert am Donnerstag, den 29. März 1928 vormittags 9 Uhr, in der Wirtschaft zum Kloster Lobensfeld in Lobensfeld (Amt Heidelberg) aus den Distrikten: Wiesenschlag, Klingenschlag, Binsentisch, Kornschlag, Büchel, Eichels, Eulenberg, Hohlbusche, Kreuzschlag, Lichte Priemen und Vorderer Rotenberg.

Verein „Bad. Heimat.“ Donnerstag, 22. März 1928 abends 1/2 9 Uhr im Zeichensaal der Oberrealschule Lichtbilder - Vortrag von Dr. G. Jakob-Schlossmuseum Mannheim „Kunsthandwerkliche Formen vom 17-19. Jahrhundert.“

Echter Bienen-Honig geschleudert, beste Artseife, ohne Zuckerfütterung, wunderbares Aroma, kein Heide- oder minderwertiges Auslands-honig: Mk. 12.90 pr. 10 Pfd. - Eimer Mk. 7.40 pr. 5 Pfd. - Eimer franko Nachnahme. Garantie: Zurücknahme.

Schreib- und redigewandter älterer Herr (Pensionär, abgebauter Beamter od. dergl.) für die Haus-Verwaltung gesucht. Bester Leumund und einige 100 Mark Kautions-Bedienung. Angebote unter K. C. 1734 an den Landboten.

Lotterie Guthmann 31. (257.) Preuß. Südd. Klassen-Lotterie Heidelberg Hauptstraße 55. Fernruf 2438 Postscheckkonto 5119 Karlsruhe 1. Klasse; Ziehung 20. u. 21. April 58 Millionen Gewinne; 1 Mill. 500 000, 300 000 u.s.w. Verkauf in Sinsheim: Zigarrengeschäft Friedrich Billmann.

Wurzelreben 1. Qualität Oberlin 595 Sulbamer Riesling Trollinger Malinger hat fortlaufend abzugeben Adolf Gemmig in Gundelsheim a. N. Rebeneredlungsanstalt.

Sofortige Gewinn-Auszahlung! bar ohne Abzug bei 5 Losbrief-Lotterien im Betrage von M. 86900 zu je 50 Pfg 11 St. 5.- u. 1.- M., 11 St. 10 M., auch gemischt. Porto 20 Pfg. Im Verhältnis kommen auf ca. 10 Losbriefe 1 Gewinn Stürmer Mannheim O 7, 11. u. Postscheckkonto alle Losverkaufsstellen 17043 Karlsruhe Hier bei: J. Rohleder, Friseur.

Eine gute Drucksache ist die beste Geschäftsreklame Schriftleitung: H. Becker; Druck und Verlag: G. Beckersche Buchdruckerei in Sinsheim.

Wo andere Hühneraugenmittel versagen, da hilft Bildol Preis 60 Pfg. Erhältlich in den Friseur-geschäften: Jakob Rohleder, Sinsheim Georg Musfäler, Otto Bruchlinger, Weidstadt Josef Volkert, W. Hörner, Neckarhofschoß, R. Ohnmacht, Helmstadt Ludwig Heß, Hoffenheim.

Loba Parket Ihr Bohnerwachs